

Ausgleichsorgen in Ungarn.

etwa die Hälfte der österreichischen betragen würden. Die Schulden der beiden Staaten waren aber vor dem Kriege nahezu gleich, Ungarn $5\frac{1}{2}$ Milliarden, Oesterreich 5,8 Milliarden, wobei nach dem Schema der österreichischen Staatsschulden-Kontrollkommission die für Erwerbung der Eisenbahnen verausgabten Summen ausgenommen sind.

Alle diese Bilanzfiguren beweisen zwingend, daß die Einnahmen eines Agrarstaates nicht genügen, um die Ausgaben einer Großmacht und die staatlichen und kulturellen Aufgaben eines Industriestaates zu decken. Es muß also logischerweise — da die Ausgaben nicht vermindert werden können — für eine ausgiebige Steigerung der Einnahmen vorgesorgt werden. Man sollte annehmen, daß diese Erkenntnis mit durchschlagender Kraft in alle wirtschaftlichen Kreise Ungarns eingebracht ist. Dem ist aber nicht so. Wäre dies der Fall, so würden Zweifel hinsichtlich der Sachlage und der zu ergreifenden Maßnahmen in geringerem Maße bestehen, als dies tatsächlich der Fall ist. Die einzelne Privatwirtschaft steht der ungünstigen Lage der Volkswirtschaft ohne richtiges Verständnis gegenüber, besonders so lange der Verkauf von Schuldschreibungen, also der Geldimport möglich ist. Dies gilt nicht etwa bloß von den Landwirten, denen es gut geht, und von den Kaufleuten und Konsumenten, denen die Konkurrenz der österreichischen Industrie geradezu erwünscht ist. Auch der einzelne Industrielle hat keinen unmittelbaren Nachteil davon, daß im Lande zu wenig produziert wird. Er hat sogar, soweit öffentliche Lieferungen und die Schaffung von Kartellvereinbarungen in Frage kommen, davon privatwirtschaftliche Vorteile. Es ist also verständlich, daß in Ungarn infolge dieses Zwiespaltes eine einheitliche Auffassung sich nicht herausgebildet hat. Anders in Oesterreich. Die Vorteile der österreichisch-ungarischen Handels- und Zahlungsbilanz kommen in gleicher Weise der österreichischen Volkswirtschaft, wie der Privatwirtschaft zu gute. Es ist daher durchaus verständlich, daß es in Oesterreich keine Meinungsverschiedenheit darüber gibt, daß das Verhältnis zu Ungarn so lange und mit so wenig Veränderungen wie dies irgend möglich ist, aufrecht erhalten werden soll. Es ist dies, wie gesagt, verständlich. Eine volle Erkenntnis dessen, was für die österreichische Volkswirtschaft von Nutzen wäre, ist es aber nicht. Es gibt österreichische Wirtschaftspolitiker, die erkennen, daß in dem durch Außenzölle geschützten ungarischen Markt für Industrieprodukte eine parallele Situation mit der übermäßigen Begünstigung der ungarischen Landwirtschaft auf dem österreichischen Markte gelegen ist, und daß diese Situation, wenn die österreichische Privatwirtschaft mit ihr auch ganz zufrieden sein kann, eine Anspannung aller Kräfte und das Erreichen der vollen Leistungsfähigkeit speziell der österreichischen industriellen Produktion zum Nachteile der österreichischen Volkswirtschaft verhindert. Ein Vergleich der österreichischen Volkswirtschaft mit Rentnerstaaten wie Frankreich und England kann hierüber Belehrung nicht bieten. Dagegen führt der naheliegende Vergleich mit dem für uns in jeder Beziehung vorbildlichen Deutschen Reiche den nüchternen Kritiker zu einer skeptischen Beurteilung des viel zu hoch bewerteten wirtschaftlichen Aufschwunges der Monarchie. Der Saldo der österreichischen Handelsbilanz in Ganzfabrikaten nach dem Zollauslande ist 1908/12 ganz unverändert geblieben, während der deutsche Außenhandel in Ganzfabrikaten 1909/13 per Saldo eine Steigerung der Ausfuhr um fast zwei Milliarden Mark erreichte. Neben dieser großen Ziffer ist eine kleine von Interesse. Der Anteil Oesterreich-Ungarns an der Einfuhr Rumäniens ist in den Jahren 1900/10 von 32 auf 24% gesunken, der Anteil Deutschlands daran von 25 auf 34% gestiegen. Es darf aus alledem ohne Uebertreibung gefolgert werden, daß die errungene wirtschaftliche Stellung sowohl Oesterreichs wie Ungarns noch vieles zu wünschen und zu tun übrig läßt.

Ungeachtet dieser Sachlage gewinnt die zweite Frage große Bedeutung, ob die wirtschaftliche Einrichtung der Monarchie fundamental geändert werden kann, oder ob die Gemeinschaft durch ihre bisherige lange Dauer „unwiderstehliche Tatsache für die Zukunft“ geworden ist? Diese, besonders in Oesterreich verbreitete Anschauung hat auch in Ungarn ihre Anhänger. Es ist dies gelegentlich der Erörterung eines engen wirtschaftlichen Anschlusses an das Deutsche Reich zum Ausdruck gekommen in Form von Bedenken, die darin gipfelten, daß eine wirtschaftliche Gemeinschaft viel leichter gemacht, als aufgelöst werden kann. Immerhin wiegt in Ungarn die Anschauung vor, daß eine Abänderung des bestehenden Zustandes, wenn sie als notwendig erkannt wird, auch zulässig und durchführbar ist.

Hiervon ausgehend ist die Antwort auf die dritte und wichtigste Frage zu suchen: was geschehen soll, damit Ungarn seine wirtschaftliche Höchstleistung erreiche? Eine einheitliche Anschauung, oder gar ein einheitliches ungarisches Programm gibt es nun in dieser Frage nicht. Es gibt Vertreter der sinnlosen sofortigen Auflösung der Gemeinschaft, und andere, die widerstandslos zuwarten für richtig halten. Der gangbare Weg dürfte, wie so oft, in der Mitte liegen. Der Gedankengang jener ungarischen Wirtschaftspolitiker, die Notwendigkeiten und Möglichkeiten nüchtern beurteilen, ist der folgende: Es ist gegeben, daß in Zukunft der ungarische Staat und dessen Bevölkerung mit wesentlich höheren Lasten für militärische, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben zu rechnen haben werden als bisher. Wenn nicht eine ganz maßlose Verschuldung eintreten soll, muß eine durchgreifende Steigerung der Produktion erreicht werden. Durch gute Ratschläge ist dies aber, wie schon gesagt, nicht erreichbar. Der Zwang hierfür muß darin bestehen, daß die Vorbedingung für den Ausbau der ungarischen Industrie durch Einführung von Schutzzöllen geschaffen wird, wenn auch hierdurch die übermäßig günstigen Absatzbedingungen der ungarischen Landwirtschaft in Oesterreich verschlechtert werden. Nebenbei wird der ungarische Staat und parallel — durch Einführung von entsprechenden landwirtschaftlichen Zöllen — Oesterreich, jene Opfer reduzieren, welche beide Staaten bisher durch den Verzicht auf sehr bedeutende Einfuhrzölle gebracht haben. Dieser Verzicht kommt nicht etwa den Konsumenten zu gute, welche in beiden Staaten den vollen Zoll mitbezahlen, sondern es bedeutet dieses Opfer des Staates in Ungarn eine Subvention für die Landwirtschaft, in Oesterreich eine Subvention für die Industrie, welche die Staaten nach und nach zu Gunsten der allgemeinen Steuerträger ersparen können. Gegeben ist ferner, daß jede Neuregelung im Einvernehmen mit Oesterreich zu schaffen ist. Dies nicht nur, weil die Aufrechterhaltung der innigen politischen Gemeinschaft uns auf diesen Weg weist, sondern auch, weil eine feindselige wirtschaftliche Auseinandersetzung mit Oesterreich geradezu ausgeschlossen erscheint angesichts der Machtmittel, die Oesterreich als Kreditquelle für Ungarn und als einzige Verbindung Ungarns nach dem Westen und Norden zur Verfügung stehen. Es schweben also dem nüchternen ungarischen Wirtschaftspolitiker nicht etwa die Trennung der Wirtschaftsgebiete nach außen, gesonderte Handelsverträge, gesonderte Vertretung im Auslande und dergl. vor, sondern bei Aufrechterhaltung der Gemeinschaft nach außen der Schutz und die Förderung der ungarischen industriellen und der österreichischen agrarischen Produktion durch das einzige Mittel, welches sich bisher für die Hebung der wirtschaftlichen Tätigkeit als tauglich erwiesen hat, also durch Einführung von Schutzzöllen, oder wie sie in der bisherigen Diskussion genannt wurden, von Zwischenzöllen. (Nebenbei bemerkt, ist dies eine jener Formeln, welche für einen etwaigen Zusammenschluß des deutschen und des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes vorgeschlagen wurden.) Natürlich ist nicht an einen plötzlichen Umsturz aller Produktionsbedingungen gedacht, der zu einer überflüssigen und nutzlosen Kräftevergeudung führen würde. Gemeint ist die Schaffung eines langen Uebergangszeitraumes — darum wird es in Ungarn gegebenen Falles kaum prinzipielle Gegner des zwanzigjährigen Ausgleiches geben —, der nach und nach die ungarische Industrie derart fördern soll, daß sie den heimischen Konsum deckt, oder richtiger ausgedrückt, mindestens so viel Industrieprodukte ausführe, wie sie nach dem Gesetze der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung einführen muß. Parallel mit dieser Entwicklung ist die durch entsprechende Schutzzölle zu erreichende Förderung der österreichischen landwirtschaftlichen Produktion gedacht. Der derart nach und nach vom Markte des Nachbargebietes abgedrängte Ueberschuß der österreichischen und ungarischen Produktion muß Verwendung auf dem